



München, den 12. Oktober 2017

BDS – Antizionismus – Antisemitismus

BDS steht für Boycott, Divestment, Sanctions. Die 2005 von Palästinensern gegründete Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, durch wirtschaftlichen Druck eine Änderung der Politik Israels gegenüber den Palästinensern zu erreichen, die Besatzung zu beenden und der Zweistaaten-Lösung zum Durchbruch zu verhelfen. BDS wird heute von vielen Persönlichkeiten und Organisationen weltweit unterstützt, auch jüdischen. An den heftigen Reaktionen der israelischen Regierung und vieler primär jüdischer Organisationen kann man vermuten, dass die Kampagne speziell in USA und England zu wirken beginnt. In Deutschland ist sie eher unbekannt. Tatsache ist leider auch, dass es BDS-Unterstützer gibt, die nicht auf eine Verhaltensänderung zielen sondern Israel als jüdische Heimstätte (Balfour-Erklärung von 1917) abschaffen wollen.

Ethisch-moralische Fragen

Boycott ist als eine Form des gewaltfreien Widerstands gegen ungerechte oder unterdrückende Strukturen international anerkannt. Wichtig für eine ethisch-moralische Beurteilung dieses Druckmittels ist das konkrete Ziel. In Südafrika ging es damals gegen die Apartheid-Politik der herrschenden weißen Minderheit, nicht um die Abschaffung der Republik Südafrika oder die Vertreibung der Weißen aus dem Land. An diesem letztendlich erfolgreichen Kampf haben sich auch viele jüdische Südafrikaner beteiligt.

Der heutige Boycott israelischer Konsumgüter aus den nach internationalem Recht illegalen jüdischen Siedlungen in der Westbank, auf dem Golan und in Ost-Jerusalem ist legitim und hat nichts mit dem Nazi-Slogan „Kauft nicht bei Juden“ zu tun. Der Nazi-Slogan wollte jüdische Existenzen vernichten.

Heute geht es u.a. um die Umsetzung der Vereinbarungen zwischen Israel und der EU (ähnlich übrigens mit USA), welche eine korrekte Etikettierung dieser Produkte vorsehen, aber nicht um ein Import-Verbot. Diese Konsumgüter würden dann lediglich einem Einfuhrzoll unterliegen, denn die zwischen der EU und Israel vereinbarten Zollpräferenzen beziehen sich ausdrücklich nur auf im israelischen Kernland in den international anerkannten Grenzen bis 1967 produzierten Güter. Die Verbraucher in der EU können dann selber entscheiden, ob sie diese Produkte kaufen oder nicht. Industriegüter sind nicht betroffen, weil es in der arbeitsteilig organisierten Weltwirtschaft keine eindeutig identifizierbare Herkunft mehr gibt.

Anders verhält es sich mit einem generellen Boycott aller israelischen Produkte. Sofern dieser Boycott nur den Druck auf Israel erhöhen soll, seine Politik gegenüber den Palästinensern zu ändern, ist das zwar eine deutlich härtere Maßnahme, aber immer noch im Bereich des legalen und gewaltfreien Widerstands. Weil aber einzelne Teile der

BDS-Bewegung zur Abschaffung von Israel aufrufen, ist es für viele Menschen unmöglich, sich generell mit dieser Bewegung zu solidarisieren oder ihr beizutreten. Problematisch ist auch ein Boykott des wissenschaftlichen und/oder kulturellen Austauschs, weil damit wertvolle Brücken über die Trennungslinien zerstört werden. So ist z.B. pax christi entgegen anders lautenden Berichten kein Mitglied von BDS.

Wirtschaftliche Fragen

Ob ein Boykott im jeweils konkreten Fall sinnvoll ist, ob er sein Ziel erreicht oder die Falschen trifft, kann man sehr unterschiedlich beurteilen. Das ist aber eine Frage der Kosten-Nutzen-Abwägung und nicht von Ethik oder Moral. Die den meisten bekannte israelische Firma Sodastream, deren Management übrigens gegen die Besatzung ist, stellt an verschiedenen Standorten Sprudelgeräte für Trinkwasser her, so auch seinerzeit im Industriegebiet von Ma'ale Adumim im besetzten Westjordanland nicht weit von Jerusalem. Dort wurden ca. gleich viele jüdische wie palästinensische Mitarbeiter beschäftigt, alle zu gleichen Konditionen und mit voller Sozialversicherung. Sodastream hat dem Boykott-Druck nachgegeben, eine neue Fabrik im israelischen Kernland errichtet und den Betrieb in Ma'ale Adumim geschlossen. Während alle jüdischen Mitarbeiter problemlos zum neuen Standort pendeln konnten, durften von den knapp 500 palästinensischen nur etwa 80 befristet für ein Jahr noch pendeln. Danach verloren auch die ihren Job, weil die israelische Regierung keine weiteren Ausnahmen zugelassen hat. Sodastream ist weiterhin sehr erfolgreich, aber 500 Menschen haben ihre Existenzgrundlage verloren. Das Beispiel zeigt, dass diese Fragen keinem einfachen Schema schwarz-weiß unterliegen.

Falsche Freunde

Zu einem Boykott äußern sich immer wieder falsche Freunde, sowohl dafür als auch dagegen. In die Stimmen für BDS mischen sich auch eindeutig antizionistische oder gar offen antisemitische Töne. Aber deshalb die Politik Israels nicht zu kritisieren, kann nicht die richtige Konsequenz sein. Man muss nur deutlich machen, dass man deren Position nicht teilt sondern vehement ablehnt. Ebenso versuchen die Kritiker von BDS, allen Kritikern der israelischen Politik Antizionismus oder gar Antisemitismus vorzuwerfen. Das ist besonders schwer für Juden in Israel und der Diaspora auszuhalten, die sich aus Sorge um Israel für eine gründliche Änderung der israelischen Politik einsetzen. Sie befürchten nämlich, dass diese Politik den Bestand Israels als eines „jüdischen und demokratischen Staats“ gefährdet und dem anwachsenden Antisemitismus in aller Welt Vorschub leistet. Das Dokument „Kairos Palästina“ der palästinensischen Christen findet in dieser komplexen Frage die richtige Balance.

Fazit für pax christi in München & Freising:

- Wir sind kein Mitglied von BDS.
- Wir verurteilen alle Initiativen, die direkt oder indirekt auf die Deligitimierung oder Vernichtung des Staates Israel abzielen.

- Wir unterstützen alle friedlichen Initiativen, die Besatzung zu überwinden und den Friedensprozess zwischen Israelis und Palästinensern wieder zu beleben.
- Wir wünschen uns eine Zukunft, in der Israelis und Palästinenser, Juden, Christen und Muslime im „Heiligen Land“ friedlich, frei und in gegenseitiger Sicherheit miteinander leben können.
- Wir schließen keine Gruppen und Personen aus, die mit uns bei der Verfolgung dieser Ziele kooperieren wollen.

pax christi Diözesanvorstand München & Freising, 12. Oktober 2017